

# Die Zeitung von unten!

# Wand

# Zeitung

# Kölner

# 15

April 1984

Die Kölner Wandzeitung berichtet regelmäßig über Aktionen gegen Kölner Klüngel, Verschwendung, Schiebereien, Spekulationsgeschäfte, Unterdrückung, Beamtenwillkür auf Kosten des kleinen Volkes.

Flugblätter und Plakate werden bevorzugt abgedruckt. Diese Zeitung wird in Köln an die Wände geklebt und ist an einigen Stellen (SSK) für 50Pfg zu kaufen. Wer uns unterstützen will, kann uns beim Kleben und Verbreiten helfen und/oder ein Förderabonnement bestellen. Jahrespreis ab 50,- DM. Damit wird ein Teil der Druckkosten finanziert. Wer wenig Geld hat erhält es für 25 Mark.

Wer abonniert zahlt 50,- oder 25,- auf Postscheck Köln 381 86/507 G.Siber/Wandzeitung  
Herausgeber: SSK e.V.  
Verlag: Kölner Stadtforum e.V.  
Druck: Betrieb, Merkenicher Str.99

Verantwortlich:  
Petra Kambeck  
Liebigstraße 25

## Vom Regen in die Traufe

9 Monate nach der Räumung der Niehler Straße 105

Das Schicksal der 3 Familien, die am 29.6.1983 so brutal aus ihren Wohnungen in der Niehler Straße geräumt wurden, droht in Vergessenheit zu geraten.

Während die Stadt noch ihr Loblied auf unseren beispiellosen Sozialstaat sang und mit der Einweisung der Familien in Sozialwohnungen ihr schlechtes Gewissen beruhigte, nahm deren sozialer Abstieg ungehindert seinen Lauf. Am Beispiel der Familie K Karasoylu zeigt sich sehr eindrucksvoll, was heute mit denen passiert, die einmal durch eine Notlage in die Abhängigkeit von den sogenannten sozialen Hilfen geraten sind.

1979 kam die Familie Karasoylu mit 4 Kindern von Gronau nach Köln, weil Herr K. hier Arbeit bekam. Bald darauf wurde er jedoch arbeitslos und auch seine Frau mußte aufgrund einer Lungenerkrankung ihre Arbeit aufgeben. Die Familie (6 Personen) wohnte zu dieser Zeit in einer 1-Zimmer-Kellerwohnung in der Otto-Straße in Köln-Ehrenfeld. Die Wohnung war außerdem extrem feucht, wodurch sich der Gesundheitszustand von Frau K. immer weiter verschlechterte. Hier hätte unser hochgepriesener Sozialstaat seine Chance gehabt, diesem menschenunwürdigen Zustand ein Ende zu machen - aber nichts geschah! Alle Bemühungen der Familie K., auf dem endlosen und entwürdigenden Behördenweg eine andere Wohnung zu bekommen, waren fruchtlos. Zahllose ausgefüllte Formulare, ja sogar ärztliche Atteste, nach denen Frau K. unbedingt in eine andere Wohnung umziehen mußte, verschwanden ohne Resonanz in den Akten.

In dieser Ausweglosigkeit wandte sich im April 1982 Frau Karasoylu hilfesuchend an den SSK. Die Familie K. war die erste, die bald darauf in das vom SSK besetzte Haus Niehler Straße 105 einzog und dort ein neues Zuhause fand, für Frau K. schon viel zu spät: Ihr wurde wenig später bei einer Operation ein Teil der Lunge entfernt. Außerdem bemühten wir uns, die Familie auch bei Amtsgängen etc. zu unterstützen um für den Fall einer Räumung eine Ersatzwohnung zu erhalten.

Am 16.6.1983 kam es dann durch Vermittlung des Wohnungsamtes unter dem Druck des bevorstehenden Abrisses des Hauses zwischen der Familie K. und der GRUBO zum Abschluß eines Mietvertrages. Zwei Wochen später sollte der Umzug mit dem SSK-LKW gemacht werden.

Doch so weit sollte es nicht mehr kommen: 2 Tage vor dem Umzug wurde ohne Vorwarnung geräumt und abgerissen, obwohl der Umzugstermin auch den Ämtern bekannt war.

Jetzt wohnt Frau K. seit fast 10 Monaten in einer Sozialwohnung mit über 800 DM Miete am Bilderstöckchen. Herr K. ist noch immer arbeitslos, Frau K. hat gerade mit 43 Jahren ihren Rentenantrag einreichen müssen. An den jahrelangen katastrophalen Wohnverhältnissen und der andauernden Arbeitslosigkeit ist die Ehe der K.'s zerbrochen, jetzt sind sie überdies wegen der hohen Miete vom Sozialamt abhängig. Ihr Elend wurde von einer Behörde zur nächsten abgeschoben und Verzweiflung und Hoffnungslosigkeit machen sich angesichts des ständigen Abstiegs breit.

Frau K. will sich von ihrem Mann trennen und sucht dringendst für sich und ihre 4 Kinder im Alter von 8-19 Jahren eine preiswerte 3 - 4 Zimmerwohnung - möglichst in Nippes, da sie dort täglich zum Arzt muß. Wer weiterhelfen kann, wende sich an:

Sozialistische Selbsthilfe Köln e.V.  
Salierring 37, 5 Köln 1

IM ÖFFENTLICHEN INTERESSE:

## Wir klagen an

Über Jahre hinweg wurden obdachlose Menschen von staatlichen Behörden, kirchlichen Verbänden und Justizbehörden in dem Weltkriegsbunker Werkstattstraße 9 in Nippes eingewiesen. Dort mußten sie in 6 qm kleinen, feucht-kalten, fensterlosen Zellen ohne Be- und Entlüftung hausen.

Mit der Not und dem Elend dieser Menschen machte der Betreiber Peter Hirsch üble Geschäfte. Die Behausung, in welche man nicht einmal Tiere einsperrt, brachte dem Betreiber runde 18.000 DM im Monat ein, wobei er lediglich 1.000 DM Pacht an das Bundesvermögensamt zahlte. Behörden wie Wohnungs- und Gesundheitsamt waren diese menschenunwürdigen Zustände bekannt, doch sie unternahm nichts.

„Daß dieser Bodensatz unserer Gesellschaft“, so der ehemalige Sozialdezernent Körner, in derartigen Behausungen oder Schlafstellen wie z.B. in der Elsaß- oder Venloer Straße eingepfercht werden, das ist in Köln leider Gang und Gebe. Doch als es selbst zu schweren Fällen von TBC, Rückenmarksverletzungen und Nierenleiden kam, sahen sich diese Behörden nicht einmal veranlaßt, tätig zu werden. Erst als der SSK 1980 mit dem ehemaligen Bunkerbewohner Günther S. Anzeigen wegen Körperverletzung und Mietwucher gegen den Betreiber Hirsch und Körperverletzung mit Todesfolge gegen städtische Bedienstete erstattete, ermittelte die Staatsanwaltschaft.

Ortsbesichtigungen der Staatsanwaltschaft mit Vertretern des Gesundheitsamtes wurden durchgeführt, Berichte verfaßt, in denen die Staatsanwälte die verheerenden Zustände aktenkundig machten. Amtsärztlicherseits wurde festgestellt, daß die Unterbringung für die Bewohner eine „Gefahr für Leib und Seele“ darstelle. Heute, nach dreieinhalb Jahren intensivster Ermittlungen ist man in dem Verfahren des Günther S., dessen 10jährige Unterbringung im Bunker zu einer schweren Ichiasturalgie geführt hatte, gegen den Betreiber Hirsch zu dem haarsträubenden Ergebnis gekommen, das Verfahren einzustellen. Um des skandalösen Verhalten der städtischen Behörden und des Bunkerbetreibers Hirsch nicht ans Licht der Öffentlichkeit zu zeren, wurden Formalien als Einstellungsbeurteilung ins Feld geführt: DER STRAFANTRAG DES GÜNTHER S. SEI ZU SPÄT GESTELLT und ES BESTÜNDE ANGEBLICH KEIN ÖFFENTLICHES INTERESSE! Es steht also nicht im öffentlichen Interesse, diejenigen vor Gericht zur Rechenschaft zu ziehen, die für die schweren gesundheitlichen Schäden des Günther S. verantwortlich sind.

Die Staatsanwaltschaft Köln sieht es nicht einmal im öffentlichen Interesse für verfolgenswert,

- daß die Stadt Köln über Jahre hinweg Menschen dort einwies, obwohl sie ja Kenntnis über die gesundheitsschädigenden und unhygienischen Bunkerverhältnisse hatte und somit ihre Sorgfaltspflicht vorsätzlich verletzte;
- daß die Stadt Köln heute immer noch Hilfesuchende in solche üblen Unterkünfte einweist.

Sie sieht aber ein großes öffentliches Interesse darin, einen obdachlosen Ladendieb im Hauruck-Verfahren vor Gericht zu zeren und abzuurteilen. Die Verhältnismäßigkeit der Mittel müssen natürlich im Interesse der Öffentlichkeit gewahrt bleiben!

WIR FORDERN DIE STAATSANWALTSCHAFT KÖLN AUF, unverzüglich unter Berücksichtigung des ärztlichen Gutachtens von Dr. Peter S., der feststellt, daß die Unterbringung von Günther S. ursächlich für dessen gesundheitliche Schäden ist, das Verfahren gegen den Betreiber Hirsch wieder aufzunehmen und im öffentlichen Interesse zur Anklage zu bringen.

## WAS WIR FÜR SIE TUN KÖNNEN:

WIR transportieren Ihre Möbel  
WIR lösen Ihre Wohnung auf  
WIR entrümpeln Ihren Keller, Dachboden, Lagerraum etc.  
WIR liefern Ihnen Briketts in den Keller  
WIR helfen Ihnen Ihren Garten auf Vordermann zu bringen  
WIR putzen Ihre Wohnung, Fenster oder das Treppenhaus  
WIR hängen Ihre Gardinen auf  
WIR hacken Holz für Sie  
WIR waschen und polieren Ihr Auto

Wir, das sind ungefähr hundert Menschen aller Altersgruppen, aus allen Klassen und Schichten des Volkes die zusammen leben, arbeiten und kämpfen. Viele von uns haben in Obdachlosenylas, Heimen, Irrenanstalten und anderen Abschiebeeinrichtungen am eigenen Leibe erfahren was Unterdrückung, Armut, Not und Elend bedeutet. Sie waren hilf- und rechtlos der Willkür von Beamten, Chefs, Ärzten oder Vormündern ausgeliefert.

Nun versuchen wir gemeinsam ein selbstbestimmtes Leben zu leben, das sich an den Grundsätzen von Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit orientiert. Wir verdienen unseren Lebensunterhalt und das Geld, was wir bei politischen Aktionen für Flugblätter und Plakate brauchen, in unseren eigenen Firmen. Wir nehmen keinerlei Unterstützung, weder von einem Amt noch von einer Partei, sondern leben von unserer eigenen Hände Arbeit.

In unserer Gemeinschaft findet jeder eine Aufgabe, auch wenn er draußen bereits als zu alt, zu schwach, zu blöd oder zu krank abgestempelt war. Täglich werden alle Arbeiten auf einer Arbeitsversammlung neu verteilt, damit jeder mal die Drecksarbeit tun muß, und jeder mal Verantwortung trägt. Gemeinsam entscheiden wir alle wichtigen Fragen nach Mehrheitsbeschluß.

Außerdem haben wir es uns zur Aufgabe gemacht, allen, die betrogen, ausgebeutet, verfolgt oder abgeschoben werden bei Behörden oder vor Gericht zu unterstützen. Wir kämpfen überall gegen Unrecht und Unterdrückung, gegen Klüngel, Schiebung und Geldverschwendung der Mächtigen auf Kosten der einfachen Leute. Wir prangern seit Jahren die üblen Mißstände in Irrenhäusern und Heimen an. Wir haben viele gute alte Häuser in Köln vor dem Bagger gerettet, damit billiger Wohnraum erhalten bleibt. Wir bekämpfen den unerhörten Plan, in Köln ein Museum für 1 Milliarde Mark zu bauen.

Wir tun das für eine bessere Zukunft, damit wir demnächst alle einmal wirklich die Unterdrücker, Ausbeuter und Bevormunder abschütteln können.

Das alles können wir aber nur solange, wie wir unsere finanzielle Unabhängigkeit bewahren.



SSK - Köln 1  
Salierring 37, Tel. 213175  
SSK - Ehrenfeld  
Liebigstraße 25, Tel. 556189  
SSK - Mülheim  
Düsseldorferstr.74, Tel. 625052

Porzer Selbsthilfe (Lager Kaiserstr.88)  
Ensener Weg 64-68, Tel.820/12880  
SSK - Bensberg  
Hasselstraße 1, Tel. 02204/68632  
SSK - Waldbröl  
Hermesdorf, Tel. 02291/1308



# 'Rechts-Staatlichkeit'

Darauf hatten das Gericht und die anklagende Staatsanwaltschaft anlässlich eines Prozesses gegen zwei SSK'ler wegen "Nötigung" sich eingeschworen. Die Parole des Staatsanwaltes, Manfred Knieper und der Richterin Justenhoven hieß nämlich nur noch Augen zu und durch bis zur Verurteilung. Komme was da wolle!! Die "Tat" der beiden, auf das gerade mit brutaler Gewalt geräumte Dach des Hauses Niehler Straße 105 zu setzen, um die mit der Räumung gleichzeitig begonnenen Abrißarbeiten zum Stoppen zu bringen, daß gilt in ihren Augen besonders verwerflich und bestrafenswert. Wer sich genötigt fühlte, war selbst dem Gericht nicht klar, denn ein Strafverfolgungsantrag eines "Genötigten" lag nicht vor. Wenn man da das Gerichtsverfahren verfolgte, hätte man glauben können, wir wären zeitverzerrt in einem früheren Reich gewesen. Falschaussagen, des Polizeibeamten Kapune die dessen Glaubwürdigkeit hätten anzweifeln lassen mußten wurden nicht nachgegangen. Andere Zeugen z.B. die betroffene Familien zu laden, hielt man für unnötig, diese hätten ja vielleicht die ganze Anklage erschüttert und zu einer Face gemacht.

Sämtliche Beweisanträge der zu Verurteilenden wurden abgeschmettert. Etwalige Rechtfertigungs- und Entschuldigungsgründe ließen das Gericht und die Staatsanwaltschaft bewußt außer Acht. Selbst die Stellungnahme eines Arztes, der feststellte, daß das Kind einer Familie nach der brutalen Räumung schwere seelische und körperliche Schäden davon getragen hatte, wurde als unerheblich abgetan. Für Recht wurde erkannt, daß die Abrißarbeiten, wie der Leiter des Liegenschaftsamt ~~Heinz~~ Heinz Ludger Uhlenkükten mit brutaler Gewalt ihre Aufwertungs politik in der Niehler Straße durchdrückten. Dabei wurden die Bewohner, Familien mit Kindern, die die städtischen Behörden in ihrer Not, ohne Wohnung zu sein, immer wieder abgewiesen hatten, überfallartig mit Polizeigewalt aus den Wohnungen getrieben. Ihre Habseligkeiten wurden zusammengepackt in LKW's geladen und in irgendwelche Wohnungen verfrachtet. Die Ehre und Würde dieser Menschen, die alles nur noch unter Schock und Verzweiflung über sich ergehen lassen mußten, war in ihren Augen durch diese Behandlungsweise nur mit niedrigen Lebewesen gleichzusetzen. Ihr Verbrechen war es, über Jahre hinweg ohne städtische Hilfe in menschenunwürdigen Behausungen leben zu müssen oder gar wohnungslos zu sein. Und wenn sie dann auch mal in ihrer Verzweiflung und Not die Hilfe des SSK, der für sie ein Haus besetzte, annimmt und ihre menschenverachtende Abrißpolitik stört, der gehört natürlich anders behandelt. Und diejenigen, die den wehrlosen Bewohnern in ihrer Not durch die Dachbesetzung zu Hilfe kommen wollten, müßen selbstverständlich abgeurteilt werden, denn ihre Handlungsweise haben ihren Ursprung in niederen Beweggründen. So wurden die zwei Angeklagten denn auch verurteilt zu 20 Tagessätzen a 10,00 DM. Bezüglich des Strafmaßes war zu bewerten das sie noch nicht vorbestraft waren und die Berücksichtigung ihrer sozialen Motive. Unerheblich für die Entscheidung war aber, so daß Gericht: Das die Räumung und der anschließende Abriß der Häuser Niehler Str. 105/10 überhaupt nicht von der Behörde veranlasst und durchgeführt werden durfte bzw. daß für eine Zwangs räumung der Bewohner keine Veranlassung bestanden hat, weil diese Anfang Juli 83 ohnehin ausgezogen wären. Weiterhin ist es für das Gericht ohne Bedeutung das seitens des Wohnungsamtes die feste Zusage bestand nicht zu räumen und abzureißen bis die Familien in neue Wohnungen umgezogen waren. Über Rechtsverstöße seitens der städt. Behörden bzw. der Polizeieinsatzkommandos ging man einfach hinweg und tat sie als unbedeutend ab.

Ein Zeichen wurde gesetzt, es gibt sie wieder die politischen Prozesse !!!

v.i.s. d. P. Fendt F.J. - K. Breidenbach - Salierring 37 5 Köln 1  
Tel. 213175 SSK-Mitglieder

SSK BESCHWERDEZENTRUM stellt vor:

## Oberarzt Dr. Becker

In unserer 2-jährigen Beschwerdezentrumsarbeit im LKH Merheim waren wir immer wieder mit den verschiedensten "Psychiatern" befaßt.

Beispielsweise DR. BECKER.

Bis vor einem Jahr war er in der Ambulanz tätig, seitdem ist er als einer der 5 Oberärzte der psychiatrischen Abteilungen für die Stationen 11 und 16 verantwortlich..

In unseren ständigen Gesprächen mit ihm über die verschiedensten Beschwerden seiner Patienten, die sich bei uns über die Zustände in Merheim beklagten, legte er Wert darauf, sein "einfühlsames" Verständnis für die Ängste und Nöte seiner Patienten darzustellen. Immer wieder betonte er seine Bereitschaft mit uns über vermeintliche oder vorhandene Mißstände zu reden, denn schließlich ginge es ja um "seine" Patienten.

Doch daß ihm in Wahrheit nichts fremder ist als Verständnis für einfachste menschliche Verhaltensweisen, sondern er sich dieser im Gegenteil durch die Amtsrichter entledigt, zeigt das Schicksal SETNER Patientin Edith B., 60 Jahre.

Frau B. lag seit Nov. 83 auf der Unfallstation im Klinikum Merheim. Nach Heilung des Beinbruchs wartete sie auf eine krankengymnastische Weiterbehandlung. Da sie selbst Krankenschwester war, wurde sie als "kritische Patientin" dem ein-erprobten Ärzteteam unbequem und lästig. Die Folge war, daß man sich ihrer entledigte, indem man die "renitente" Frau unter falschen Vorwänden letzten Freitag auf die psychiatrische Station 11-gleich nebenan- "verlegte". Damit war sie erst einmal zwangseingewiesen.

Ein Mitarbeiter der Klinik informierte uns daraufhin am Montag. Unverzüglich setzten wir uns mit dem verantwortlichen, insbesondere o.g. DR. BECKER in Verbindung. Wir verlangten, daß diese sehr undurchsichtige Aktion aufgeklärt würde, Frau B. unverzüglich einen richterlichen Anhörungstermin bekäme und die halblose Zwangseinweisung sofort aus der Welt zu schaffen sei.

DR. BECKER versprach sich "der Sache anzunehmen", Frau B. anzuhören und uns über den "Stand der Dinge" auf dem laufenden zu halten. Dienstag nachmittag erklärte er uns die Problematik dieses "Falles" und deutete an, daß am Donnerstag ja ihr Anhörungstermin sei, in der Richter Radermacher allem Rechnung tragen werde.

In Wahrheit war längst alles ein abgekartetes Spiel: Richter Radermacher hatte kurz zuvor Frau B im Beisein von DR. BECKER "angehört" und die Zwangsunterbringung bestätigt. Schon eine halbe Stunde später- Frau B. konnte uns noch gerade telefonisch informieren- wurde Frau B. mit dem Krankenwagen abgeholt und ins LKH Langenfeld gebracht. Dort erwartet sie mindestens die 2-monatige stumpfsinnige Verwahrung, die Verabreichung persönlichkeitszerstörender Psychopharmaka und die Fortsetzung des menschenverachtenden Psychiatriesystems.

Für all dies zeichnet DR. BECKER verantwortlich! Denn er hätte durch eine verantwortungsbewußte ärztliche Stellungnahme Frau B. zur "Freilassung" verhelfen können, alle weiteren Zwangsmaßnahmen -wie das Weiterreichen an die Psychiatrie Langenfeld- einen Riegel vorschieben können.

Und so reiht sich unser DR. BECKER ein in die Reihen der Psychiater für die Menschlichkeit, Aufrichtigkeit und Verantwortlichkeit Fremdwörter geworden sind, weil sie ihre Karriere, Ansehen und persönliche Sicherheit nicht aufs Spiel setzen wollen.

Für Frau B. bedeutet diese Zwangsunterbringung die Zerstörung ihres selbstbestimmten Lebens.

LIEBIGSTR. 25  
SSK BESCHWERDEZENTRUM Tel. 55 61 89

# Schiebung zwischen STADT Köln und NEUE HEIMAT-NWDS

Köln hat wieder einmal seinen Skandal allererster Klasse ! Zwei der übelsten Geschäftemacher taten sich zusammen: Die STADT KÖLN und die NEUE HEIMAT, vertreten durch ihre 98 %ige Tochtergesellschaft NWDS (Nordwestdeutsche Siedlungsgesellschaft). Es geht um die Fortsetzung der Spekulation mit den 3 vom SSK besetzten städtischen Häusern am Ensener Weg in Köln Porz.

Am Donnerstag, den 29.3.84, sollte im nichtöffentlichen Teil der Stadtratssitzung die asoziale Verwaltungsvorlage, die wir auf der Rückseite dieses Flugblattes abgedruckt haben, von allen Parteien absegnen werden.

Einziger Inhalt: Die 3 Häuser sollen für den Spottpreis von 230 000,- DM bzw. 760,- DM Erbpacht im Monat (!) der NEUE HEIMAT-NWDS hinterhergeschmissen werden und die von der Stadt seit drei Jahren offiziell geduldeten Bewohner, alles ehemals Obdachlose, von der Stadt Köln mit Hilfe der Polizei brutal aus den Häusern geknüpelt werden:

Die sonstigen "besonderen Bedingungen", mit denen Stadtdirektor Uhlenkükten noch einen sozialen Beigeschmack erreichen will, sind nichts als eine abgeschmackte Farce, nichts als Lug und Betrug. Denn wenn diese Häuser wirklich "Bevölkerungsschichten, denen nur eine geringe Mietbelastung zuzumuten ist", zugute kommen sollten, dann bräuchte man die jetzigen Bewohner ja nicht mit Polizeigewalt auf die Straße zu räumen. Und dementsprechend ist ja auch die Wortwahl: So "strebt" die NEUE HEIMAT-NWDS einen "möglichst" geringen Mietpreis an und "denkt" dabei an "ca" 4,-DM pro qm<sup>2</sup>, aber wer will schon dafür garantieren, daß ca 4,-DM nicht vielleicht 6, 8, oder gar 10,-DM pro qm<sup>2</sup> heißen kann. NEUE HEIMAT machts möglich!

## MILLIONENGESCHÄFT für die NEUE HEIMAT aus STEUERGROSCHEN

In Wahrheit wird hier der Allgemeinheit das Geld aus der Tasche gezogen und der NEUE Heimat-NWDS in den Rachen geworfen. Denn für die vorgesehenen 1,2 Millionen Renovierungskosten wird sich die NWDS in Zusammenarbeit mit der Stadt Landeszuschüsse von ca. 400 000,- DM besorgen, den Rest wird sie selbstverständlich auf die Mieten umlegen. Und wenn das Wohnungsamt die Häuser belegt und die NWDS sie verwaltet, werden diese erfahrungsgemäß ausschließlich von den sog. "Sozialbehörden" und damit aus Steuergeldern bezahlt. Das heißt also: Die öffentliche Hand zahlt, und zahlt, und zahlt, und zahlt, und zahlt.

## Was wir wollen - 'Selbsthilfe gegen Wohnungsnot-Porz' e.V.

Wir, die Bewohner der Häuser wollen und können die Häuser in Erbpacht übernehmen oder mieten. Und wir meinen, daß uns dies zusteht.

Denn schließlich haben wir die Häuser vor dem Abriß gerettet. Wir haben sie in den letzten drei Jahren ohne jede Unterstützung in Eigenleistung renoviert (seit Weihnachten haben wir hier sogar den Strom auf eigenen Kosten verlegt). Wir haben hier mittlerweile eine eigene Firma aufgebaut, mit der gut 1/3 von uns ihren Lebensunterhalt ohne Inanspruchnahme von Sozialgeldern ihren Lebensunterhalt bestreitet und auch einen geringen Mietzins aus eigener Kraft bezahlen wird.

Unser Renovierungsvorschlag, den wir mit entsprechenden Gutachten untermauert haben, beläuft sich auf 425 000 DM, den wir zum größten Teil durch Eigenarbeit tragen würden um dadurch die öffentlichen Gelder auf 120 000 DM zu senken.

Und in unseren gemeinschaftlichen Sitzungen gewährleihen wir, daß unter uns auch diejenigen, für die draußen nur ein Platz in Heimen, Abschiebeeinrichtungen oder auf der Straße vorgesehen ist, eine Chance haben.

All dies ist der Stadt Köln schon seit langem bekannt. Dennoch hat sie keine Skrupel, uns hier zu räumen und damit unsere Existenzgrundlage zu zerstören.

## WIR BRAUCHEN HILFE - Tel. 12880

In den letzten drei Jahren sind wir ja schon vieles "gewöhnt" worden, aber daß wir nun für die NEUE HEIMAT geopfert werden sollen, ist das Allerletzte.

Bis jetzt konnten wir uns gegen diese asozialen Praktiken mehr oder weniger alleine zur Wehr setzen, doch jetzt brauchen wir Hilfe. Im Moment gründet sich ein sog. "Unterstützerverein für die Selbsthilfe gegen Wohnungsnot-Porz e.V.". Auch ein weiterer Kaufinteressent, der bereit ist auch unsere Interessen zu berücksichtigen, hat sich mittlerweile an die Stadt gewandt. Damit konnten wir die Räumungsabsichten der Stadt erst einmal abwehren. Dennoch ist sie damit nicht endgültig vom Tisch.

Rufen Sie uns an, wenn Sie uns helfen wollen. Wir brauchen Unterstützung von Porzern Bürgern !!! Telefon: Porzer Selbsthilfe 12880 von 9.00 - 24.00 Uhr

Verwaltungsvorlage für den Rat, kurzfristig von der Tagesordnung abgesetzt:

Der Rat genehmigt folgende Erbbaurechtsbestellung:

Grundstück: Köln-Engen, Ensener Weg, Gemarkung Engen, Flur 6, Teilfläche aus Nrn. 73, 145 und 146

Größe: ca. 3.200 qm

Preis: rd. 1.098 qm Wohnfläche x 210,-- DM/qm (erschließungsbeitragsfrei) = 230.580,-- DM

Erbbauzins: 4 % des vorgenannten Wertes, jährlich = rd. 9.223,20 DM

Erbbaurechtsdauer: 99 Jahre

Nebenkosten: zu Lasten des Erbbauehmers

Besondere Bedingungen: Der Erwerber strebt in Zusammenarbeit mit 56 einen möglichst niedrigen Mietpreis an; gedacht ist an ca. 4,-- DM/qm.

Die Stadt Köln (Amt für Wohnungswesen) erhält das Wohnungsbelegungsrecht. Als Zielgruppe kommen Bevölkerungsgruppen, denen nur eine niedrige Mietbelastung zumutbar ist, sowie anerkannte Asylbewerber in Frage.

Der Besitzübergang erfolgt Zug um Zug nach der Räumung durch die Stadt Köln. Nach Abschluß der Räumung werden am gleichen Tag die Bauarbeiten zur Instandsetzung der Häuser aufgenommen.

Erbbauehmer: Nordwestdeutsche Siedlungsgesellschaft mbH, Konrad-Adenauer-Str. 28, 5000 Köln 90

Zweck: Herrichtung von Wohnraum im sozialen Wohnungsbau zu Niedrigmieten

V.i.s.d.P.: Kat. Kaecke, r. Funke, H. Habing, Ensener Weg 64 - 68, 5 k 90